

## **Polen vor dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin**

### **Ein verändertes und gespaltenes Land**

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und Belarus  
Warschau, 15. März 2007

---

Wenn Angela Merkel an diesem Wochenende zum zweiten Mal als Bundeskanzlerin nach Polen reist, kommt sie in ein verändertes, gespaltenes Land. Haben sich früher die Postkommunisten, die Polen zuletzt von 2001 bis 2005 mit der Vetternwirtschaft alter Seilschaften regierten, und die aus der Solidaritätsbewegung kommenden Gruppen gegenübergestanden, so gibt es heute den Kampf zwischen rechtem Regierungslager und der mitte-links Opposition. Ein gutes Jahr hat ausgereicht, einen tiefen Graben innerhalb des Solidarność-Lagers auszuheben.

Seit Anfang Mai 2006 regiert in Polen eine national-konservative Koalition unter der Führung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ mit Premierminister Jarosław Kaczyński an der Spitze. Sein Zwillingbruder Lech hat Ende 2005 das Amt des Staatspräsidenten übernommen nach seinem Wahlsieg über den liberal-konservativen Kandidaten der „Bürgerplattform“, Donald Tusk. Die nationalpopulistische Partei „Liga der polnischen Familien“ unter Führung des jungen Roman Giertych, 36, und die sozialpopulistische Bauernbewegung „Selbstverteidigung“ unter Andrzej Lepper vervollständigen das fragile Regierungsbündnis, das vor allem vom Willen zum Machterhalt zusammengehalten wird. Für christlich-demokratisch oder konservativ-sozial orientierte Bürger wie für Verlierer des seit 1989 andauernden Transformationsprozesses verband sich mit dieser Regierung die Hoffnung, auf eine grundlegende Reform. Diese sollte mit den Übeln der Korruption und postsozialistischen Dominanz in Staat und Gesellschaft aufräumen und ein neues „solidarisches“ Polen gegründet auf moralischen Grundsätzen sowie einen effizienten Staat schaffen, der seine nationalen Interessen selbstbewusst in das europäische Konzert einbringt. Dafür steht der Kampfbegriff der „IV. Republik“ (nach der III. seit 1989), der ursprünglich von der Bürgerplattform eingeführt worden ist. Nun bekämpfen sich die beiden bürgerlichen Reformbewegungen bis aufs Messer. Das hat einige persönliche und inhaltliche Gründe. Letztlich hat dies aber vor allem mit dem Herrschaftswillen der Brüder Kaczyński und ihrer politischen Mission zu tun. Ihr politischer Stil ist durch Kampf gekennzeichnet: Kampf gegen die Protagonisten der III. Republik, Kampf gegen geheimdienstliche Machenschaften und Verschwörungen, Kampf gegen politische Feinde, Kampf auch gegen die vermeintliche deutsch-französische Dominanz in Europa, gegen die Geschichtsfälschung in Deutschland, die Täter zu Opfern mache, gegen deutsche Korrespondenten, die als Agenten des deutschen Staates tätig seien, gegen deutsche Assimilierungspolitik gegenüber den Polen in Deutschland, gegen überall lauernnden Staatsverrat, sei es dass die früheren Außenminister die Regierung kritisieren und durch ihren Euroenthusiasmus angeblich die polnische Souveränität in Frage stellten oder der Oppositionsführer mit der deutschen Kanzlerin telefonierte. Alles in allem eine hochgradig ideologisch besetzte Denkweise, die durch Misstrauen geprägt wird.

Die, die dieser Politik Ausdruck verleihen, sind nicht irgendwelche Lakaien. Es sind der Staats- und Ministerpräsident, die Außenministerin, der Koordinator für die polnisch-deutschen Beziehungen selbst. Wenn sie verdiente Persönlichkeiten wie die Außenminister Prof. Władysław Bartoszewski und Prof. Bronisław Geremek, die maßgeblich den Weg zur Integration in Nato und Europäische Union geebnet haben, heute quasi als Verräter polnischer Interessen abzukanzeln versuchen, nimmt es nicht Wunder, dass – wie zuletzt in Warschau geschehen – die Feier zum 85. Geburtstag Bartoszewskis zu einem Politikum, zur Versammlung des anderen Polen wird. Im Spiegelsaal des Warschauer Stadtschlusses kamen dort die früheren bürgerlichen Premierminister Mazowiecki und Buzek, die Außenminister der III. Republik, die Polen in den sicheren Hafen des Westens gesteuert haben, viele der von den Machtinhabern aus dem öffentlichen Dienst und den Medien geschassten, der polnische Exilpräsident Kaczorowski und Vertreter der jüdischen Gemeinde zusammen. Auch dass neben dem israelischen der deutsche Botschafter ein Grußwort sprach, wurde als politisches Zeichen wahrgenommen. Das Fest stand unter der Schirmherrschaft der Warschauer Oberbürgermeisterin, Gronkiewicz-Waltz, von der Bürgerplattform, gegen die Premier Kaczyński ein Amtsenthungsverfahren betreibt, das in dieser Woche durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zurückgewiesen wurde. Ein Triumph des Rechtsstaats und der Opposition.

Unterdessen frisst die nationale Revolution ihre Kinder. Der erste Premier der „IV. Republik“, Marcinkiewicz, hat frustriert die Politik verlassen, Verteidigungsminister Sikorski musste im Streit seinen Hut nehmen, Innenminister Dorn, der bis dahin als der dritte Bruder galt, gab sein Ressort wegen Divergenzen mit dem Premier ab, verblieb allerdings in der Regierung. Zuletzt wurde der erst vor einem Jahr installierte Chef des öffentlichen Fernsehens, der Journalist Wildstein, durch den Politiker Urbański ersetzt, der noch vor einigen Monaten wegen Finanzgeschäften den Posten des Leiters der Präsidialkanzlei räumen musste. Der Premier meint, die Medien seien „von den schlechtesten Elementen“ der Nachwendezeit durchsetzt und müssten noch stärker gewendet werden. Der entlassene Fernsehchef fragt derweil, ob ohne unabhängige Medien ein gesundes Gemeinwesen entstehen könne, während die „Reporter ohne Grenzen“ Polen bezüglich der Pressefreiheit auf Platz 58 einstufen weit hinter allen EU-Staaten. Auch mit Blick auf die „moralischen Grundsätze“ dieser Regierung, die von national-kirchlichen Kreisen unterstützt wird, könnte man einiges berichten: von antijüdischen Denkschablonen in der Familie des Vizepremiers Giertych, vom „Arbeit gegen Sex“ Skandal des Vizepremiers Lepper und seiner Genossen und von der Aneignung des Staates durch alle drei Koalitionäre.

Vor diesem Hintergrund reist die deutsche Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin nach Polen, um diese Regierung europapolitisch einzubinden und zu einem konstruktiven miteinander zu bewegen. Quasi zur Begrüßung ruft ihr der Präsidentenberater Marek Cichocki entgegen, Polen werde nie den Status aufgeben, den es mit der im europäischen Vertrag von Nizza geregelten Stimmengewichtung erhalten habe; der Regierung gehe es darum, die Integration Polens in eine EU zu verhindern, deren Strukturen ohne entscheidende Beteiligung Polens entwickelt worden seien und seinen Interessen nicht optimal entsprächen. Da stellt sich die Frage, will diese von nur ca. 15 Prozent der Wahlberechtigten unterstützte Regierung überhaupt die politische Union, der Polen 2004 beigetreten ist? Die kleineren Koalitionspartner hatten damals gegen den Beitritt votiert. Laut den Euro-Barometer-Umfragen gehört dagegen Polen zu den zufriedensten EU-Mitgliedern mit einer durchweg positiven Beurteilung der EU.